



## Antrag

Fraktionen CDU und SPD

### **Unbürokratische Vergabeverfahren bei der Schaffung von Kapazitäten zur Erstaufnahme und zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der aktuellen Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist es gerade vor dem Hintergrund des nahenden Winters notwendig, schnell und unbürokratisch zu handeln. Die Landesregierung wird daher gebeten, nachstehende Präzisierungen im Vergaberecht bei Vergaben, die im räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Erstaufnahme oder Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern stehen,

1. über die VOB/A hinaus den Schwellenwert für Beschränkte Ausschreibung auf bis zu 1.000.000 Euro und für Freihändige Vergabe auf bis zu 100.000 Euro zu erhöhen (jeweils ohne Umsatzsteuer); Entsprechendes gilt für die dazugehörigen Planungsleistungen nach VOF,
2. über die VOL/A hinaus den Schwellenwert für Beschränkte Ausschreibung auf bis zu 100.000 Euro und für Freihändige Vergaben auf bis zu 100.000 Euro zu erhöhen (jeweils ohne Umsatzsteuer); Entsprechendes gilt für die dazugehörigen Planungsleistungen nach VOF,
3. den Rückgriff auf das beschleunigte Verfahren, welches die Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. EU Nr. L 134 S. 114, Nr. L 351 S. 44), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 213/2008 der Kommission vom 28. November 2007 aus Dringlichkeitsgründen zulässt, sodass die Dauer des Vergabeverfahrens auf 30 Tage verringert werden kann,

zu prüfen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, auf Bundes- und EU-Ebene die rechtlich notwendigen Genehmigungen einzuholen.

(Ausgegeben am 10.09.2015)

**Begründung**

Die letzte Prognose der Flüchtlingszahlen der Bundesregierung geht von 800.000 Flüchtlingen und Asylbewerben in diesem Jahr in Deutschland aus. Laut der Prognose muss Sachsen-Anhalt in diesem Jahr mit 23.200 Flüchtlingen rechnen.

Vor dem Hintergrund des sich nähernden Winters müssen daher deutlich mehr und vor allem schneller Unterkünfte geschaffen werden, beziehungsweise die Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber sichergestellt werden.

Aus Sicht des Landtages/der einreichenden Fraktionen sind die im Antrag genannten Maßnahmen ein geeignetes Mittel, die notwendigen Auftragsvergaben schnellstmöglich umzusetzen.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD